

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verföndigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkaffe

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Verlags-Anzeigen werden mit 30 A für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Zwischenspiele.

Hamburg, den 21. Oktober.

Auch die vergangene Woche hat die endgültige Antwort Wilsons auf der Entente auf das Friedens- und Waffenstillstandsverlangen der deutschen Regierung noch nicht gebracht. Wilson hat zwar auf die Note der deutschen Regierung, die die kessige Annahme seines früher aufgestellten Programms enthielt und die auch seinen später geäußerten Wünschen auf das weitestgehende entgegenkam, geantwortet; aber seine Antwort bestand zum guten Teil aus neuen Bedingungen und Forderungen. Sie war überdies in einem so schroffen Ton gehalten, daß man daran zweifeln muß, ob es dem Präsidenten Wilson mit der Herbeiführung des Friedens auf Grund des von ihm aufgestellten Friedensprogramms wirklich ernst ist, oder ob dieses Programm nicht vielmehr nur ein geschickter Schlingensiefel zur politischen und militärischen Schwächung der Mittelmächte und ein schöner Mantel sein sollte, hinter dem sich die wahren Pläne der ententistischen Eroberer verbergen.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß die sehr starke Friedenshoffnung, die sich des deutschen Volkes nach Ausrufung der deutschen Republik am 18. Oktober bemächtigt hatte, nach dem Eintreffen der neuen Wilsonnote einen starken Resignismus Platz machte. Es entstand die Auffassung, als läge Wilson, vielmehr auf das Drängen der ententistischen Kriegshelden und Machtsprüche, nur einen Vorwand, um die durch die deutsche Note eingeleiteten Verhandlungen abzubrechen oder sie doch mindestens bis zur Erreichung noch entscheidender Waffenstillstände der Entente hinzuzuführen. So kam es, daß man in weiten Kreisen schon mit dem Absbruch der eingeleiteten Verhandlungen und mit der Aufhebung der letzten deutschen Volkswirtschaftlichen Verpfändungsanstalt rechnete. Es ist gut, daß die deutsche Regierung unsern Volk dieses Illusionsgeflecht, wenn irgend möglich, abzureißen will, und daß sie zu diesem Zweck den Forderungen Wilsons abermals entgegenkommt, soweit dies mit den Lebensinteressen unseres Volkes zu vereinbaren ist.

Die neuen Forderungen Wilsons sind nicht ganz klar — und auch das ist kein Zeichen einer übermäßigen Friedensbereitschaft des Präsidenten; denn auch daraus geht seine Absicht, der deutschen Regierung ihre Antwort so schwer wie möglich zu machen, deutlich hervor —; aber dazwischen liegt sich doch die Note des Präsidenten entnehmen: Die Entente verlangt erstens, daß ihre Deutschland absolute und beständige Garantien für die Aufrechterhaltung ihrer militärischen Überlegenheit während eines etwaigen Waffenstillstandes gebe. Was sie unter solchen Garantien versteht, sagt Wilson nicht; in der Ententepresse sind aber Andeutungen gemacht worden, denen der deutsche Reichstag später, wenn die Friedensverhandlungen nicht zum Frieden führten, weichen der Entente ausliefern. Es wird von der Befehung Wilsons und anderer wichtiger deutscher Gebiete, von der Niederlegung der deutschen Waffen vor Eintritt in die Friedensverhandlungen und ähnlichen Dingen gesprochen. Daß sich die deutsche Regierung auf derartige Bedingungen nicht einlassen kann, wenn sie das deutsche Volk nicht auf Gnade und Ungnade den wachsinntigen Mägen- und Streikschreibern der Ententeimpresarien und Ententejournalisten preisgeben will, liegt auf der Hand.

Die Entente verlangt zweitens die Einstellung des unbeschränkten Unterseebootkrieges und die Aufgabe einer angeblich unzulässigen Herabsetzung französischer und belgischer Gebiete beim Rückzug des deutschen Heeres. Es ist in der deutschen Presse mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Unterseebootkrieg und die Herabsetzung belgischer Gebiete beim Abschluß eines Waffenstillstandes ganz von selbst aufhöre, daß somit die Wünsche Wilsons nicht besser als durch den raschen Abschluß eines Waffenstillstandes erfüllt werden könnten.

Drittens verlangt die Entente die Vernichtung jeder Militär- und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt hören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Schwä-

chung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. Mit andern Worten: sie verlangt die Beseitigung des deutschen Absolutismus, und sie hält dieses Ziel mit der bisherigen Demokratisierung des Reiches noch nicht für erreicht. Aber welche Bedingungen die Entente in dieser Beziehung im einzelnen stellt, was nach Meinung der Ententebeamten in Deutschland erst noch zu geschähen hat, bevor wir für Friedensverhandlungen als würdig gelten, das sagt Wilson auch in seiner neuen Note noch nicht.

Daß auch wir den weiteren demokratischen Ausbau unseres staatlichen Lebens für notwendig halten, haben wir genügend betont. Wir wünschen, daß das deutsche Volk diesen Ausbau selber vollziehe und wir wünschen nicht, daß uns das Ausland eine Verfassung aufzwinge. Wir wünschen, daß sich das deutsche Volk in voller Freiheit selber regiere, und wir wünschen nicht, daß sich an Stelle des eben seiner Macht entleerten militärisch-bourgeoisischen Junkertums die Herrschaft ausländischer Imperialisten setzt. Wie wenig Verlaß übrigens auf die Volksherrschaft Wilsons ist, davon hat inzwischen der österreichisch-ungarische Staat eine für ihn sehr unangenehme Probe bekommen. In seiner Volksherrschaft vom 8. Januar dieses Jahres hatte Wilson für die Völker Österreichs „die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung“, das heißt ihre Selbständigkeit innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes, gefordert. Jetzt, wo der österreichisch-ungarische Staat diese Autonomieforderung durch einen Entschluß des Kaisers Karl eben in die Tat umzusetzen versucht hat, gibt Wilson diesen seinen Programmpunkt auf und tritt für die völlige Selbständigkeit der österreichisch-ungarischen Völker, das heißt für die staatliche Ausrufung Österreich-Ungarns ein. Man muß allerdings sagen, daß ihm für diese Schwermütigkeit die Haltung eines Teils der österreichisch-ungarischen Völkerverträte zu Hilfe kam, die, wie besonders die Tschechen und Slowaken, kläglich die Herabsetzung des alten Donauraumes und die Errichtung selbständiger Nationalstaaten fordern. Von den Deutschen Österreichs wird angeführt dieser Sachlage ledigst der Anführer des Reichstages an das Deutsche Reich verlangt.

Im Innern Deutschlands hat sich in der letzten Woche nur wenig geändert. Die neue Regierung ist jetzt vollständig. Es sind in sie zwei weitere Sozialdemokraten als Mitglieder aufgenommen, nämlich der Gewerkschafter Oberst Schmidt als Interaktionssekretär des Kriegsernährungsamts und der Abgeordnete Eduard David als Interaktionssekretär des Auswärtigen Amtes. Der sozialdemokratische Interaktionssekretär Dr. Müller ist dabei vom Kriegsernährungsamt ins Reichswirtschaftsamt hinübergewechselt, und zwar auf Veranlassung der sozialdemokratischen Reichstagsaktion und gegen den ausgesprochenen Willen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Generalkommission hat inzwischen eine Erklärung erlassen, aus der hervorgeht, daß sie Dr. Müller deshalb als Arbeitervertreter in der Regierung nicht gern sieht, weil er sich in seiner bisherigen Tätigkeit als Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen erwiesen und vielfach im Widerspruch mit den Arbeiterinteressen gehandelt habe. Ob damit die frühere Tätigkeit Dr. Müllers als Leiter der Gewerkschaftsbewegung oder seine Tätigkeit im Kriegsernährungsamt oder beides gemeint ist, geht aus der Kundgebung der Generalkommission nicht hervor. Wir müssen schon sagen, daß es einen recht peinlichen Eindruck macht, wenn man sich in den Spitzen der beiden Zweige unserer modernen Arbeiterbewegung über die Befehung von Regierungstellen nicht verständigen kann, so daß schließlich zwischen der Einigkeit einleuchtet, als ob um die Befehung solcher Stellen eine persönliche Lauferei stattfindet. Möchte man solche Dinge in Zukunft vermeiden!

Von durchgreifenden Taten der neuen Regierung auf dem Gebiete der innerpolitischen Neuordnung hat man bis jetzt noch nicht viel gehört. Die Regierung hat anscheinend in der vergangenen Woche ihre ganze Kraft auf die Herbeiführung des Friedens gelenkt. Tagtäglich wurde über die neue an Wilson zu sendende Note beraten. Immer wieder hieß es, sie werde „morgen“ abgeschickt; aber am

nächsten Tage wurde die Absendung wieder auf „morgen“ verschoben. Jetzt endlich scheint die Note unterwegs zu sein; aber veröffentlicht ist sie zur Zeit, wo wir dies schreiben, noch nicht. Möchte die lange, auf sie verbannte Arbeit nicht vergebens sein, sondern uns dem Frieden endlich näherbringen! Mag aber auch der Reichstag, der morgen zusammentritt, auf dem Gebiete innerpolitischer Reformen rasche und gründliche Arbeit leisten!

(Nur nach Schluss unserer Redaktion wird die Antwort der deutschen Regierung an Wilson bekannt. Die deutsche Regierung erklärt sich darin zu Würgschaften für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses an den Fronten während eines etwaigen Waffenstillstandes bereit. Sie legt Vermehrung der deutschen Eisenbahnen über den Wünschen Wilsons auf eine mildere Art der Kriegsführung zu Lande und auf Einstellung des unbeschränkten Unterseebootkrieges entgegen. Die Frage des Präsidenten Wilson, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird unter Darlegung des innerpolitischen Wandels dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem wirtschaftlichen und unternehmerischen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überaus zahlreichen Mehrheit des deutschen Volkes. Ob diese Antwort der Entente genügt, wird sich vermutlich herausstellen, noch bevor dieses Blatt in die Hände unserer Kollegen kommt.)

Brot ohne Mehl.

Als im ersten Kriegsjahre die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt zu wirken begann, waren deutsche Wissenschaftler und Techniker eifrig bemüht, für unentbehrliche Rohstoffe, die Deutschland früher aus dem Ausland bezogen hatte, Ersatz zu finden. Mit dem für die Kriegführung so wichtigen Salpeter und verschiedenen andern Rohstoffen ist dies auch gelungen. Damals waren die Freude und das Vertrauen vieler Leute auf das Können deutscher Wissenschaft und Technik so groß, daß eine große deutsche Zeitung mit etwas harter Uebertreibung dem Sinne nach schreiben konnte: Deutschland könne nicht ausgehungert werden; im Notfall würden deutsche Wissenschaft und deutsche Technik es verstehen, aus märtischen Sande Brot zu machen.

Das ist nun leider bis heute nicht gelungen, wie wir alle täglich an unsern knappen Rationen spüren. Der Versuch, Brot ohne Mehl zu kochen, den man neuerdings in gewisser Weise in großem Umfange zu verzeichnen sucht, stößt sich auch nicht auf irgendein Erfolgsprodukt für Getreide, sondern im Gegenteil noch mehr als unsere alte Backmethode auf das Getreide selbst. Dieses soll nämlich nicht mehr gemahlen, sondern durch Quetschen in Teig verarbeitelt werden. Heber das neue Verfahren wurde kürzlich in der Presse berichtet:

„Bei einer Besichtigung der Vollbrot-Verwertungs-gesellschaft, G. m. b. H., wurde die neue Art der Brotzubereitung (Großbrot-Verfahren) den Pressevertretern vorgeführt. Dieses Verfahren besteht in der Ausgahlung der Weizen. Das Korn wird also nicht erst zu Mehl gemahlen, sondern es wird gewalzt, nachdem es zuvor von der unbedeutenden Schale befreit wurde. Hat das Korn die verschiedenartigen Wägen passiert, die es in einen zähen Teig umwandeln, so gelangt es in eine Stetzmühle, wo es mit Saucerteig und Salz durchgemischt wird, und kommt dann in den Ofen. Die Vorzüge des neuen Verfahrens, an dem der Erfinder etwa zwanzig Jahre gearbeitet hat, liegen in der gleichmäßig einwandfreien Herstellung des Teiges, die dem mehligen Vor sich geht, in der vollen Ausnutzung des Getreides und der Erparnis der Hefen, die das Mischverhältnis in sich schließt. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen entspricht das neue Vollbrotbrot einem Brot, das aus achtzigprozentigem Weizenmehl zubereitet wurde. Die Vorzüge des Großbrot-Verfahrens sind jetzt anerkannt, und die Staatsverwaltung hat zur Bereitung des Vollbrotbrotbrot einige Maschinen in Betrieb, die sich sehr gut bewähren haben. Wenn nur 20 Alt. aller Deutschen dieses „Gromit-Brot“ essen würden, bedeutete das ein Erparnis von 21 Millionen Zentner Vollbrotgetreide jährlich.“

Diese Mitteilung ging offenbar von sehr stark interessierter Seite aus. Das Kriegsernährungsamt, das natürlich an der Erparnis und geschäftlichen Ausnutzung des vorhandenen Vollbrotgetreides ebenfalls das größte Interesse hat, hat zu der vorliegenden Veröffentlichung Stellung genommen und ist den darin aufgestellten Behauptungen wie folgt entgegengetreten:

schon Mitglieder waren, ihre Beiträge zu zahlen. Die Leute behaupten immer wieder, Soldaten zu sein, was aber nicht guttut, da sie auf Grund des Selbständigkeitsgesetzes mitarbeitenden Betrieben zugewiesen sind. Mit den Soldaten noch länger zu freieren, wie wir uns überzeugen, keinen Zweck. Wer seine Beiträge nicht zahlt und Mitglied bleiben will, wird sich später selbst auszusprechen haben, wenn er geschädigt ist. Vielleicht ist dies schon früher der Fall, als die betreffenden Kollegen ahnen.

Dies aus der Vergangenheit. Aber die Zukunft läßt sich wohl bei den derzeitigen Umständen nicht wenig sagen. Es dürfte nunmehr feststehen, daß der Weltkrieg noch in diesem Jahre oder mindestens im Laufe des Winters zu Ende geht. Die Demobilisierung der Truppen dürfte dann wohl ganz anders vor sich gehen, als erst gedacht und geplant war, so daß diese eine große Arbeitsschlacke mit sich bringen wird, zumal, wenn wir damit in den Winter hinein kommen, also in eine Zeit, wo das Baugeschäft nicht gut in Betrieb gesetzt werden kann, weil hierzu auch die Bauplätze fehlen, die nicht sofort befreit werden können. Wie lange dies dauert, kann niemand sagen, da es sehr stark von den Witterungsverhältnissen abhängig ist. Ob die großen Fabriken, die bisher Munition gefertigt haben, in kurzer Zeit auf den Friedensbedarf umgestellt werden können, ist sehr fraglich, zumal es auch hier ein Mangel an Arbeitskräften in Betracht kommen dürfte. Anders dagegen ist es mit der Porzellanindustrie, die bei uns in Oberfranken und bei angrenzenden Oberpfalz sehr stark vertreten ist. Sobald der Krieg zu Ende ist und die Industrie wieder mehr Stoffen zugeführt werden können, so können die stillgelegten und in Folge Stoffmangels nur teilweise beschäftigten Porzellanfabriken und sonstigen Werke sofort wieder in Betrieb gesetzt werden, da diese einer Umstellung nicht bedürfen. Der Wohnungsangel ist in den Städten sowie auf dem Lande durch Erhaltung von Wohnhäusern bedoben und damit Arbeitsmöglichkeit für die Bauarbeiter geschaffen werden kann, hängt von einer Menge von Umständen ab, ganz besonders davon, ob Geld und Bauplätze sofort in großem Umfang beschafft werden können. Wenn dies möglich ist, so dürfte wohl der größere Teil der geleerten Bauarbeiter Arbeitsgelegenheit finden, wenn auch durchaus nicht bekannt werden darf, daß ein anderer, auch ziemlich großer Teil lange Zeit arbeitslos bleiben wird. Wenn dieser Teil der geleerten Bauarbeiter kommen, wird es bei den ungenutzten Arbeitskräften kommen. Bei diesen wird sich eine große Konkurrenz aus anderen Berufen einstellen, die wie wir leider immer erfahren mußten, nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern auch auf die Höhe der Bauarbeiter bezahlt.

Nach in allem wird die Arbeiterfrage nach dem jetzigen Krieg keine guten Zeiten zu erwarten haben. Wenn die Arbeiter diese schwere Zeit einigermassen bestehen wollen, dann ist die Organisation für sie nötiger, als dies jemals allen aus Einnahme in den Organisationen der Arbeiter wird nötig sein; denn eine in sich zerrissene Arbeiterorganisation wird in dieser schweren Zeit ihren Mann nicht stellen können. Der Krieg ist dank der Ungleichheit unserer verarmten Klassen, und besonders der Vaterlandspartei, für Deutschland verloren. Wenn aber die Arbeiterklasse Deutschlands nicht einig ist und nicht für einen Organisationssatz, dann ist es für die Arbeiter doppelt und dreifach verloren. Darum, Bauarbeiter: hütet Euch vor solchen Schöden, was zu erreichen ist, indem Ihr alle Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes werbet!

Johann Wenzel.

steuern, solange sich diese den lebenspendenden Kräften des Weltfriedens verschließen und mit rein natürlichen Mitteln ihr Glück zu begründen versuchen. Mögen noch so freigelegte politische Reformen durchgeführt, noch so weltumspannende Programme der Weltverbesserung entworfen werden, die Menschheit wird vergebens nach dem Frieden, dem Friedensfrieden, bangen. — Diese Darstellung ist, mit Verlaub zu sagen, eine geschichtliche Lernaufgabe. Auch als die christlich-katholische Kirche fast unbeschränkt die Welt und die Menschheit befürchtet, hat es bekanntlich in Rom gegeben, und die Kirche selbst hat sich durch den Vertrag mit römischen Gelehrten lösen lassen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 14. Oktober. Diesmal meldeten sich 31 Mitglieder arbeitslos. Das sind vom Hundert der ersten Mitglieder wie am vorigen Festtage 0,04. 12 Besitze blieben von jeder Arbeitslosigkeit frei.

Zu unterliegen waren 12 Arbeitslose, in der Woche vom 15. Ihr Verhältnis zum Hundert der Mitglieder betrug 0,01, in der Woche 0,02.

Bezirk	Zahl der Mitglieder	Zahl der arbeitslos gemeldeten Mitglieder	In den besetzten Wohnungen		In den besetzten Wohnungen		In den besetzten Wohnungen		In den besetzten Wohnungen	
			Wohnung	Wohnung	Wohnung	Wohnung	Wohnung	Wohnung	Wohnung	Wohnung
1. Königsberg	18	18	1647	—	—	—	—	—	—	—
2. Braunschw.	27	1513	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Stettin	50	50	1455	1	1	—	—	—	—	—
4. Berlin	51	51	3262	2	2	—	—	—	—	—
5. Weimar	67	67	9494	7	2	2	1	4	1	10
6. Magdeburg	47	47	7989	—	—	—	—	—	—	—
7. Bremen	14	14	2122	—	—	—	—	—	—	—
8. Frankfurt	14	14	4887	—	—	—	—	—	—	—
9. Köln	14	14	5453	—	—	—	—	—	—	—
10. Dortmund	11	11	3360	—	—	—	—	—	—	—
11. Hannover	38	38	3592	—	—	—	—	—	—	—
12. Posen	25	25	2772	—	—	—	—	—	—	—
13. Hamburg	56	56	5777	—	—	—	—	—	—	—
14. Rostock	59	59	1598	—	—	—	—	—	—	—
15. Dresden	15	15	6824	1	1	—	—	—	—	—
16. Leipzig	77	77	7734	1	2	1	—	—	—	—
17. Nürnberg	23	23	2674	—	—	—	—	—	—	—
18. München	28	28	4096	—	—	—	—	—	—	—
19. Stuttgart	7	7	1516	—	—	—	—	—	—	—
20. Karlsruhe	11	11	3009	—	—	—	—	—	—	—
21. Straßburg	6	6	128	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	689	689	81807	12	18	6	1	5	1	31

Glückwunsch der schwedischen Gewerkschaften.

Der Generalkommission ging folgendes, Stockholm, den 16. Oktober, datiertes Telegramm der schwedischen Landeszentrale zu:

Wir senden Euch unsere herzlichsten Glückwünsche zu dem demokatischen Vortage, der wie wir hoffen und wünschen, zur Beendigung des Weltkrieges und zur Schaffung eines dauernden Friedens beitragen soll, was in der ganzen Welt und nicht am wenigsten in den neutralen Ländern, besonders unter den Arbeitern, ersehnt wird.

Ueber die Errichtung der demokratischen Reichsstände an diesem Ziele und über ihre rechtliche Zulassung an der Regierungsbildung durch den Eintritt von Gewerkschaften in die Regierung sowie über die Aufnahme der Frage des internationalen Arbeiterfriedens, entsprechend den Forderungen der Bremer Konferenz, in das Programm dieser Regierung empfinden wir eine lebhaftige Befriedigung.

Die Zeit für den Zusammentritt der gewerkschaftlichen Internationale zu einer Konferenz wird wohl bald gekommen sein, auf der die angeschlossenen Gewerkschaften aller Länder vertreten sein werden, um die Befreiung der Kontinente zu beschleunigen und den Frieden zu fördern.

Für die Landeszentrale zu Dresden:
Herrn Lindquist, Vorsitzender.

Erhöhung der Auslösungssätze für Sachsen.

Aus Dresden wird berichtet: In einer am 11. Oktober tagenden Versammlung erstellte die Lokalkommission Bericht über die mit dem Bezirksarbeiterverband von Sachsen festgesetzte Verhandlung über die Erhöhung der Auslösungssätze. Die Verhandlung wurde unter anderem folgendes aus: Beim Einsetzen des Monatswages war es öfters vor, daß Leute von den Metallfirmen nach anderen Arbeitsplätzen gesucht wurden. Als Ersatz für die entstehenden Mehrausgaben zahlten die Firmen eine Entschädigung von 50 Z bis 2 pro Tag. Etwas Entschädigung gab es nicht, da die Arbeitgeber sich nach Angebot und Nachfrage richteten. Waren Arbeitskräfte genügend vorhanden, so bekamen sie Leute, die für den niedrigsten Satz die Arbeit aufnahmen. Im diesem unbilligen Zustand ein Ende zu setzen, wurden im Jahre 1913, da die Metallfirmen sich mittlerweile dem Arbeiterverbande angeschlossen hatten, zwischen dem Arbeiterverbande von Sachsen und den Arbeiterorganisationen Auslösungssätze festgesetzt, und zwar für Verheiratete M 1,75 und für Ledige M 1 für den Tag. In den folgenden Kriegsjahren konnten dann mit einzelnen Arbeitgebern höhere Auslösungen festgesetzt werden, da der Arbeiterverband durch den Bund verbündet wurde, diese kein örtliches Fragen selbst zu erledigen. Es scheint auf Arbeitgeberseite beschäftigt gewesen zu sein, eine Neuverteilung der Lohnsätze im Jahre 1913, September in Berlin festzusetzen. Verhandlungen mit vorzunehmenden, nachdem man dort davon Abstand genommen hatte, konnte, da auch die Leipziger Gewerkschaften sowie die durch den Krieg erzeugten teuren Verhältnisse dazu drängten, der Bezirksarbeiterverband einer Neuverteilung nicht mehr ausweichen. Die Verhandlung fand am 7. Oktober in Dresden statt. Es wurde vereinbart, daß die Auslösung vom 15. Oktober 1918 an M 3 für Verheiratete und M 2 für Ledige, vom 1. Januar 1919 an M 3,50 und M 2,50 betragen soll mit dem Zusatz: „Werden durch die Bauerschaft oder durch den Arbeitgeber besondere Leistungen, sei es durch Vermehrung von Arbeitskräften oder durch Bereitstellung von Wohnung, gewünscht, so sind diese Leistungen anzuerkennen und darüber besondere Vereinbarungen unter Mitwirkung der zuständigen Ortsverbände zu treffen. Ein Antrag der Benutzung derartiger Einrichtungen darf nicht ausgesetzt werden.“ Dies sei, so erklärte der Sachverständige einer fünfständigen Verhandlung, wenn es auch nicht nach unserem Wunsch und den teuren Verhältnissen noch lange nicht entsprechend ausgefallen sei, so sei doch eine Umwälzung eingetreten, auf der weiter gebaut werden könne. Darum erlaube er, um Ausnahme der Vereinbarung.

Am die genannte Verhandlung schloß sich eine Verhandlung mit dem Dresdener Arbeiterverband am 11. Oktober der Erhöhung der Sätze um 60 Z erreicht. Auch soll es die Zulage nicht, wie bisher, erst bei 7 km geben, sondern bereits bei 5 km. Die Sätze werden nun so sein:

bei 5 bis 6 km. M. —,90 bei 10 bis 11 km. M. 1,45
 „ 6 „ 7 „ „ —,95 „ 11 „ 12 „ „ 1,40
 „ 7 „ 8 „ „ 1,— „ 12 „ 13 „ „ 1,45
 „ 8 „ 9 „ „ 1,05 „ 13 „ 14 „ „ 1,50
 „ 9 „ 10 „ „ 1,10 „ 14 „ 15 „ „ 1,55

für jede weitere Kilometer 5 Z mehr.

Auch dieses Ergebnis empfahl Redner zur Annahme. — In der folgenden Aussprache waren alle Redner über die

Friede und Kirche.

Der Arbeiter, das Wort des Verbundes der katholischen Arbeitervereine (KAV) besteht nicht in der Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen. Im übrigen ist uns als katholischen Arbeiter die Bahn klar vorgezeichnet. Wir wissen, daß ein dauernder Friede in der menschlichen Gesellschaft erst dann eingezogen werden kann, wenn die Arbeiter die richtige Haltung einnehmen, die sie in der Welt wieder neue Ruhe und Ordnung herzustellen werden.

Die Arbeiter, das Wort des Verbundes der katholischen Arbeitervereine (KAV) besteht nicht in der Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen. Im übrigen ist uns als katholischen Arbeiter die Bahn klar vorgezeichnet. Wir wissen, daß ein dauernder Friede in der menschlichen Gesellschaft erst dann eingezogen werden kann, wenn die Arbeiter die richtige Haltung einnehmen, die sie in der Welt wieder neue Ruhe und Ordnung herzustellen werden.

Die Arbeiter, das Wort des Verbundes der katholischen Arbeitervereine (KAV) besteht nicht in der Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen. Im übrigen ist uns als katholischen Arbeiter die Bahn klar vorgezeichnet. Wir wissen, daß ein dauernder Friede in der menschlichen Gesellschaft erst dann eingezogen werden kann, wenn die Arbeiter die richtige Haltung einnehmen, die sie in der Welt wieder neue Ruhe und Ordnung herzustellen werden.

nur infolge des allgemeinen Vertrauens der Staatsbürger, daß der Staat die Schwere auch ohne besondere Verpflichtung jederzeit in Zahlung nehmen und daß man sie auch sonst bei Zahlungen für den ihnen aufgedruckten Wert wieder los werde.

Im Gegensatz zu den Reichstagsbanknoten mußten in Friedenszeiten die Banknoten jederzeit gegen Geld eingelöst werden. Die Banknoten werden nicht vom Reich ausgeben, sondern von der Reichsbank, die ein Zwischending zwischen Privatbank und Staatsbank ist, und einigen anderen Notenbanken. Die Banknote ist eine Anweisung der Reichsbank auf sich selbst, das heißt, die Reichsbank zahlt dem Inhaber der Note die auf ihr verzeichnete Summe in Geld. Sie ist in die gleiche Weise wie ein Wechsel, also ein Geldgebot, und diese Geldgebot und die Einlösungspflicht machen sie im Zahlungsbereich zu einer Vertretung für Geld. Aber nicht die gesamten von der Reichsbank ausgehenden Noten waren im Frieden durch Gold gedeckt; die Reichsbank durfte vielmehr den deutschen Wertungen der in ihrem Umlauf befindlichen Noten ausgeben. Die Dritteldeckung in Gold reichte in normalen Zeiten zur Einlösung aller an die Reichsbank gelangenden Noten aus. Dadurch bestanden die Noten als Vertreter des Goldes den vollen ihnen aufgedruckten Wert.

Die Reichsbank würde sofort gekündigt, wenn nicht bei Staatsbankrott der Reichsbank die Einlösung der Noten wäre. Niemand hätte dann die in Wahrheit ganz wertlosen Papiernoten in Zahlung nehmen, jeder die in seinem Besitz befindlichen Noten gegen das wirklich wertvolle Gold umtauschen wollen. Die Reichsbank hätte aber nur einen Teil der ausgegebenen Noten einlösen können. Die Folge wäre eine sofortige allgemeine Entwertung der Noten gewesen. Durch die Verknüpfung des Zahlungsmittels mit den Noten vollständig Zahlungsmittel gelassen, aber einen eigenen Wert haben sie dadurch nicht erhalten; sie stellen nach wie vor nur eine Forderung dar, die sich durch Zahlung

für Geld, das in der Reichsbank lagert. Der Staat hat auf Grund seiner Macht dekretiert, daß jedermann verpflichtet ist, Papiergeld in Zahlung zu nehmen, und daß niemand das Recht hat, die Einlösung von Papier in Gold zu verlangen. Die Reichsbank hat sogar alles noch erreichbare unlaufende Goldgeld an sich gezogen. Sie zieht jetzt zur Erhöhung ihrer Goldreserve auch allen erreichbaren Goldschmuck ein. Für das eingezogene Gold hat sie den nachfolgenden Betrag an bedruckten Papiergeld ausgegeben. Außerdem haben die Darlehenbanken große Mengen Darlehensbanknoten ins Umlauf gebracht. Nach Professor Lupo Brentano haben sich die bedruckten Zettel, die heute als geteilte Zahlungsmittel gelten, seit dem 22. Juli 1914 von einem 2/3 auf 1/3 Milliarden Mark gesteigert. Durch diese Steigerung an Papiergeld sind aber, wie nach dem oben Gesagten wohl jeder klar sein wird, nicht mehr Werte geschaffen worden, als vor dem Kriege in Deutschland vorhanden waren; man hat damit nur das Geld „geteilt“, also eine Entwertung des Geldes herbeigeführt, die in steigenden Preisen, und zwar auch in steigenden Preisen für Gold, zum Ausdruck kommt.“ Es ist damit ungefähr ungeteilt wie mit einem Haß guten Weines, aus dem man durch Wasserzugabe vierer macht: man bekommt dadurch zwar mehr „Wein“, aber keine größeren Werte; in demselben Maße, aber bedeckend, der Wert des Weines zurück zu verlagern.

So erklärt es sich für das Ausland, weshalb unser heutiges Geld den von 1914 nicht mehr wertvoll ist. Warum im Ausland heute hundert Mark einen hundert Mark wert sind, wollen wir nun auf Grund der hier gewonnenen Einsicht in das Wesen des Wertes in einem zweiten Artikel erklären.

* Aus dem Bericht des Reichsbankpräsidenten vom 1. Oktober 1918, der die Einlösung der Reichsbanknoten durch den Staat betrifft.



